

## Megger sagen Ja zum Budget

**VERSAMMLUNG** hbr. Das Budget 2016 der Gemeinde Meggen wurde an der Gemeindeversammlung gestern Abend von den 166 anwesenden Stimmbürgern mit klarer Mehrheit angenommen. Es sieht für das kommende Jahr eine ausgeglichene Rechnung vor: Aufwand und Ertrag betragen je 54,73 Millionen Franken. Der Steuerfuss bleibt bei 1,15 Einheiten. Es ist der tiefste Steuerfuss im Kanton Luzern. Dies soll auch künftig der Fall sein, so Gemeindeamann Hans Peter Hürlimann.

### Darlehen für Seniorenzentrum

2016 investiert Meggen 13,84 Millionen Franken. Neben der Weiterführung bereits bestehender Investitionen kommen neue Projekte im Hoch- und Tiefbau sowie bei der Wasserversorgung und der Kanalisation zur Ausführung. Unter anderem wird der Aus- und Umbau des Seniorenzentrums mit 3,5 Millionen Franken sowie einem zinslosen, rückzahlbaren Darlehen von 2 Millionen Franken unterstützt. Klar abgelehnt worden war von der Megger Bevölkerung vor zwei Wochen allerdings der vom Gemeinderat beantragte Kredit von 4 Millionen Franken für die Sanierung und Neugestaltung der Seestrasse.

## Der Nachtbus bleibt bestehen

**UDLIGENSWIL** mvg. An der gestrigen Gemeindeversammlung im Bühlmattsaal haben die 189 Udligenswiler Stimmberechtigten das Budget 2016 grossmehrheitlich genehmigt. Dieses sieht bei einem Bruttoaufwand von 11,7 Millionen Franken ein Minus von 128 957 Franken vor. Budgetiert war eigentlich ein Defizit von 122 300 Franken. Doch die Stimmberechtigten sprachen sich in einer separaten Abstimmung für die Beibehaltung des Nachtbusses aus - und hiessen den Betriebsbeitrag von 6657 Franken gut. Damit folgen sie den Adligenswilern. Der Steuerfuss bleibt bei 1,95 Einheiten. Weiter hat die Gemeindeversammlung dem Finanz- und Aufgabenplan 2016-2020 zugestimmt.

### Neue Pflegewohngruppe

Zudem hat die Gemeindeversammlung einen Sonderkredit über 5,69 Millionen Franken gesprochen. Dieser betrifft das Bauprojekt Pflegewohngruppe «Am Bächli». Dieses soll zwei Pflegewohnungen, eine Cafeteria, ein Pflegebad, Büros und Garderoben enthalten. Der Bau soll auf dem gemeindeeigenen Grundstück «Am Bächli» erfolgen, wo auch bereits Alterswohnungen vorhanden sind. Mit dem Bau soll 2016 begonnen werden, der Bezug ist 2017 geplant.

# See soll neuen Stadtteil heizen

**LUZERN SÜD** Die neuen Grossüberbauungen in Luzern Süd sollen mit Seewasser geheizt werden. Doch noch gibt es viele offene Fragen. Deshalb setzen die Bauherren vorläufig auf andere Heizmethoden.

ROBERT KNOBEL  
robert.knobel@luzernerzeitung.ch

Luzern Süd, das Gebiet zwischen Eichhof, Schlund und Horwer Seebecken, besteht heute zu einem grossen Teil aus Industriegebieten und grünen Wiesen. In wenigen Jahren wird das Gebiet nicht wiederzuerkennen sein. Riesige Areale sollen neu überbaut, Tausende neue Bewohner und Arbeitskräfte sollen sich in Luzern Süd niederlassen. Dieser Boom soll in geordnete Bahnen gelenkt werden. So zumindest lautet das Ziel der betroffenen Gemeinden Luzern, Horw und Kriens, welche das Gebiet zusammen mit dem Verband Luzern Plus entwickeln wollen. So soll beispielsweise der Autoverkehr trotz der enormen Bautätigkeit nur wenig zunehmen (Ausgabe vom 24. November).

### Energieverbrauch soll sinken

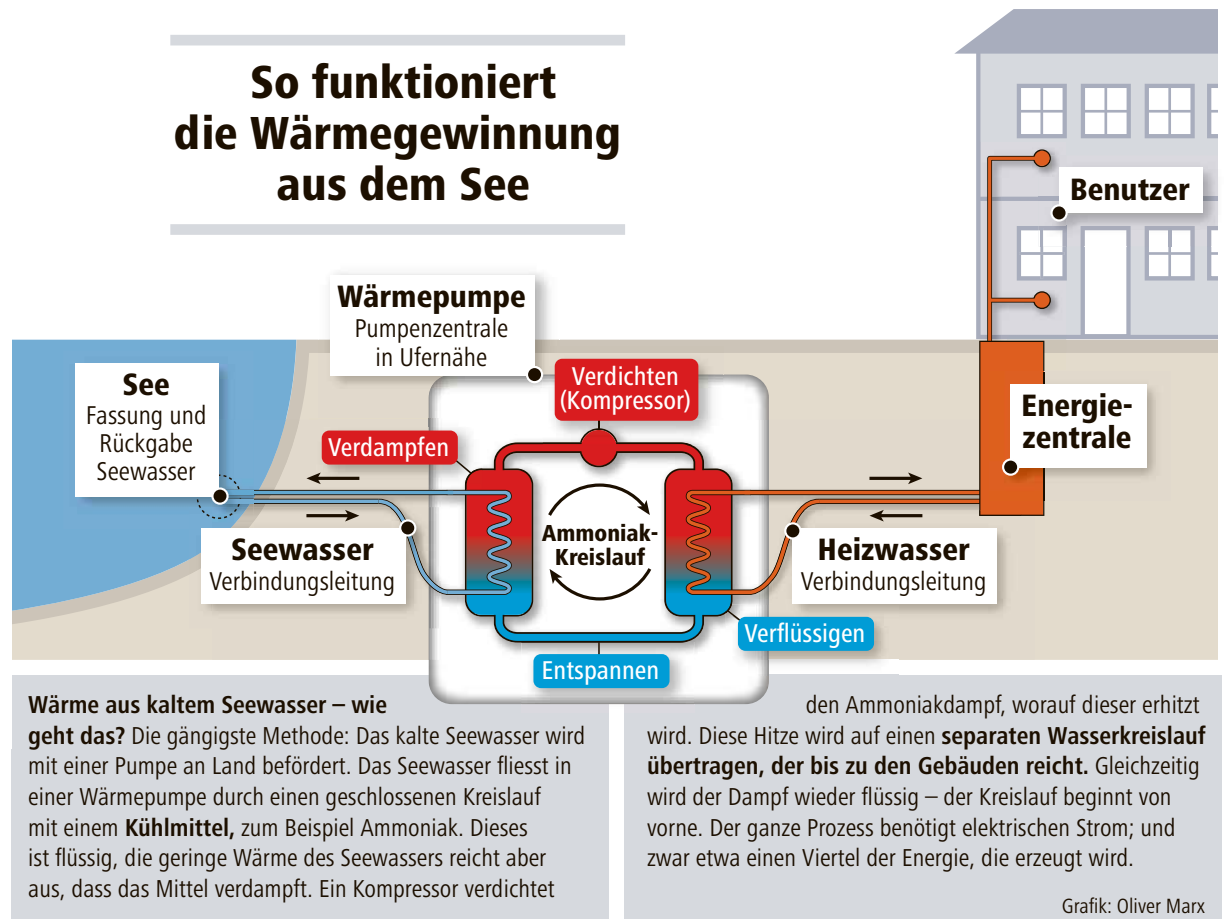
Ein ähnlicher Spagat ist im Energiebereich vorgesehen - mit geradezu kühnen Zielvorgaben. Der Energieverbrauch in Luzern Süd soll nämlich im Vergleich zu heute sinken. Im Jahr 2012 betrug der Wärmeverbrauch im ganzen Gebiet rund 170 GWh. Bis zum Jahr 2035 soll dieser Wert auf 130 GWh sinken. Wie soll das möglich sein, wo doch die Zahl der Wohnungen und Büros bis dahin geradezu explodieren wird?

Das Zauberwort heisst Energieeffizienz. «Der heutige Gebäudepark, vor allem ältere Gebäude, braucht bis zu zehnmal mehr Energie als vergleichbare energieeffiziente Neubauten», sagt Thomas Glatthard, Gebietsmanager von Luzern Süd. Allein dadurch, dass alte Gebäude saniert oder durch neue ersetzt werden, könne also enorm viel Heizenergie gespart werden. So schaffe man es, dass der Gesamtverbrauch sinkt, obwohl die Zahl der Gebäude stark zunimmt.

### Wärme abgezackt

Doch nicht nur in absoluten Zahlen soll Luzern Süd zur umweltfreundlichen Vorzeigesiedlung werden. Auch die Art der geplanten Energieversorgung tönt geradezu futuristisch. Statt auf Öl- oder Gasheizungen zu setzen, sollen die Siedlungen grösstenteils mit Seewasser geheizt werden. Das funktioniert, indem dem Seewasser mittels Wärmepumpe einige Grad «abgezackt» werden. Ein Kubikmeter Seewasser reicht aus, um einen Quadratmeter Bürofläche zwei Tage lang zu beheizen. Anschliessend fliesst das

## So funktioniert die Wärmegewinnung aus dem See



verbraucht, um ein paar Grad kältere Wasser wieder zurück in den See. Möglichst alle neuen Überbauungen in Luzern Süd sollten auf diese Weise mit Wärme versorgt werden. So zumindest heisst es im Energiekonzept für das Gebiet, das die drei Gemeinden gemeinsam verabschiedet haben.

### Verhandlungen laufen noch

Es sind zwei grosse Player, welche die Nutzung von Seewasser vorantreiben wollen. Zum einen handelt es sich um die EWL, welche vom Luzerner Seebecken aus Teile der Innenstadt sowie Luzern Süd versorgen will. Die Planungen dazu kommen allerdings nicht ganz so schnell voran wie ursprünglich erhofft. So war zuerst geplant, dass die EWL eine Seewasserleitung über das ehemalige Zentralbahn-Trasse Richtung Luzern Süd führt. Die Verlegung der Leitung hätte gleichzeitig mit den Bauarbeiten für den neuen Velo- und Fussweg auf dem ehemaligen Bahntrasse erfolgen sollen. Doch inzwischen hat sich die EWL von diesen Plänen zurückgezogen, da man sich noch nicht auf eine definitive Linienführung festlegen will (Ausgabe vom 11. Juli). Ebenfalls ein Seewasser-Projekt verfolgt die Seenergy AG aus

Horw. Sie plant die Energieversorgung von der Horwer Bucht aus, ebenfalls Richtung Luzern Süd. Zurzeit sind EWL und Seenergy in Verhandlungen über eine Zusammenarbeit im Gebiet Luzern Süd. «Wir gehen davon aus, die Verhandlungen noch in diesem Jahr abzuschliessen», sagt EWL-Sprecherin Nicole Reisinger. 2016 soll dann konkretisiert werden, welche Gebiete genau mit Seewasser versorgt werden sollen.

### Grundwasser statt Seewasser

Für diejenigen Bauprojekte in Luzern Süd, welche bereits in Ausführung sind oder kurz vor Baubeginn stehen, ist dies allerdings zu spät. So beispielsweise für den Mattenhof, wo die Firma Mobimo ab 2016 eine neue Wohn-, Büro- und Geschäftsüberbauung realisiert. «Wir hätten uns dem Seewasser-Projekt gerne angeschlossen», sagt Claudia Siegle, Projektleiterin bei Mobimo. Doch angesichts der unsicheren Ausgangslage hat Mobimo ein eigenes Energiekonzept erarbeitet. Die Beheizung der Überbauung mit 300 Wohnungen, Büros und einem Hotel erfolgt zwar ebenfalls mit umweltfreundlichen Wärmepumpen. Statt Seewasser kommt aber nun Grundwasser zum Einsatz.

### «Wir planen als Ergänzung auch eine Gasheizung.»

GUIDO CAVELTI, PROJEKTKOORDINATOR SCHWEIGHOF, KRIENS

Die Konzession zur Grundwasserentnahme hat Mobimo bereits erhalten. Wäre eine spätere Umnutzung für Seewasser denkbar? Das wäre nicht ganz einfach, räumt Claudia Siegle ein. Denn Grundwasser ist wärmer als Seewasser – was ganz unterschiedliche technische Einrichtungen erfordert. «Bei einer allfälligen zweiten Bauetappe würde das Seewasser aber sicher wieder aktuell», sagt Claudia Siegle.

Öl- oder Gasheizungen seien im Mattenhof hingegen nie ein Thema gewesen. «Das entspricht nicht der Nachhaltigkeitsstrategie von Mobimo.» Zudem wären fossile Heizquellen laut Mattenhof-Gestaltungsplan auch gar nicht erlaubt.

### Gasheizung als Rückversicherung

Bereits im Bau ist der Schweighof, wo in den nächsten zehn Jahren 600 Wohnungen und 1500 Arbeitsplätze entstehen werden. Auch dort setzen die Bauherren vorläufig auf Grundwasser. Dieses wird auf dem Areal selber hochgepumpt und nach der Nutzung für die Heizung wieder zurück in den Boden geleitet. Wie ergiebig die Grundwasserenergie sein wird, ist im Moment allerdings noch nicht exakt abschätzbar. «Deshalb planen wir als Ergänzung auch eine Gasheizung, um die Spitzenzeiten abzudecken», sagt Guido Cavelti, Projektkoordinator für den Schweighof. Das ganze Heizsystem werde so gebaut, dass eine spätere Umnutzung für Seewasser möglich ist.

# Menschenhandel: Staatsanwalt fordert fünf Jahre Haft

**KRIMINALGERICHT** Eine Thailänderin (43) rekrutierte in ihrem Heimatland Frauen für Schweizer Bordelle. Sie findet dies nicht ungewöhnlich.

Das Interesse an der Verhandlung gegen eine 43-jährige Thailänderin war gross. Der Saal des Luzerner Kriminalgerichts war bis zum letzten Platz belegt. Die Frau wird des Menschenhandels und der Förderung der Prostitution beschuldigt.

### Als Vermittlerin tätig

Sie war Teil einer in der Schweiz operierenden Gruppe und hauptsächlich als Vermittlerin tätig. Gemäss Anklageschrift der Staatsanwaltschaft bestellte sie bei einer Organisation in Thailand Frauen, verteilte diese in der Schweiz an verschiedene Bordelle und

war auch für das Inkasso der Einnahmen und die Weiterleitung an die Gläubiger zuständig. Zudem beschaffte sie den Frauen gefälschte Reisepässe. Gemäss Staatsanwaltschaft wurden den Frauen hohe Schulden aufgebürdet, die sie abarbeiten mussten.

### Selber als Prostituierte gearbeitet

Bei der Befragung durch das Gericht am Mittwochnachmittag sagte die Beschuldigte, die Frauen aus Thailand hätten gewusst, dass sie in der Schweiz als Prostituierte arbeiten würden. Sie findet dies offenbar nicht ungewöhnlich. Sie selber habe ja auch als Prostituierte in der Schweiz gearbeitet - und zwar freiwillig. Dies, nachdem sie und ihr Ehemann sich in Thailand trennten. «Heute haben es die Frauen in Schweizer Bordellen viel besser als ich damals. Und die Zustände in den Bordellen in Thailand sind viel schlimmer als hier», verteidigte die Frau ihre Taten auf Thailändisch. Ihre Aussagen wurden von einem Dolmetscher übersetzt.

Die Thailänderinnen hätten in den Bordellen alle Freiheiten gehabt und seien zu nichts gezwungen worden, fährt sie fort. Die Version in der Anklageschrift ist aber eine andere. Die Frauen mussten ihre Einnahmen an die Bordellbesitzer abliefern, durften die Bordelle nicht ohne Begleitung verlassen, und ihnen wurden auch die anzubietenden Sexualpraktiken vorgegeben. Die Frauen waren zudem illegal in der Schweiz, weshalb sie in einem starken Abhängigkeitsverhältnis steckten.

### 16 Frauen organisiert

Insgesamt hat die Beschuldigte zwischen Anfang 2010 und April 2012 mindestens 16 Frauen in Thailand für die Arbeit in Schweizer Bordellen organisiert. Die Geschichte ist aufgefliegen, als eine Thailänderin im September 2011 aus einem Bordell in Rickenbach floh und sich bei den Behörden meldete. Die Staatsanwaltschaft und die Luzerner Polizei führten daraufhin die Aktion «Mango» durch, bei der mehrere Per-

sonen festgenommen wurden. Die Beschuldigte verbrachte 254 Tage in Untersuchungshaft. Auf die Frage der Richter, ob sie die Vorwürfe der Anklage nicht als schlimm betrachte, sagte sie: «Ich habe Fehler gemacht und diese Strafe verdient.» Der Oberstaatsanwalt fragte daraufhin, was es für sie bedeuten würde, wenn sie wieder ins Gefängnis müsse. Die Frau antwortete, dass sie diese Frage sprachlos mache. Es wäre schlimm, und das hätte sie nicht verdient. Daraufhin weinte sie.

### Strafantrag erhöht

Die Staatsanwaltschaft beantragte ursprünglich eine Freiheitsstrafe von 4,5 Jahren. Nach der Befragung revidierte der Oberstaatsanwalt den Antrag auf 5 Jahre. Mit der Begründung, dass die Beschuldigte bei den Einvernehmungen etliche Tatvorwürfe zugegeben habe und nun plötzlich nicht mehr. Zusätzlich beantragt er eine Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu 40 Franken. Die Verteidigung findet 20 Monate bedingt für

angemessen. «Ziel ist, dass meine Mandantin mit ihrem Schweizer Ehemann das Leben, das sie hier aufbaute, weiterführen kann. Mit der Untersuchungshaft hat sie ihre Strafe abgesessen.» Die Verhandlung endete nach sechs Stunden. Das Urteil wird den Parteien schriftlich zugestellt.

### Fall weckt Erinnerungen

Bereits im April stand eine 60-jährige Thailänderin, die im Rahmen der Aktion «Mango» verhaftet wurde, vor dem Luzerner Kriminalgericht. Sie wurde unter anderem wegen qualifizierter Förderung der Prostitution und des mehrfachen Menschenhandels zu einer zweieinhalbjährigen Freiheitsstrafe verurteilt (Ausgabe vom 24. April). Die 60-Jährige schloss unter anderem für vier Bordelle in Luzern, Reussbühl und Reinach AG Mietverträge ab. Diese betrieb sie nicht selber, sondern vermietete sie an Drittpersonen.

ROGER RÜEGGER  
roger.ruegger@luzernerzeitung.ch